

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenspreis: 50 Pf. für die 3gepal. Beiliegende. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Wep. Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Am 24. Juni sind in Genf 54 Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation zur 6. Internationalen Arbeitskonferenz zusammengetreten. Bei den Verhandlungen spielte die Frage des Achtstundentages die hervorragendste Rolle. Angesichts der fortschreitenden Demokratisierung in verschiedenen Kulturstaaten besteht die Aussicht, daß in absehbarer Zeit die Ratifizierung des sogenannten Washingtoner Abkommens Wirklichkeit wird. Leider hat die deutsche Reichsregierung resp. das Reichsarbeitsministerium unter Dr. Brauns durch den deutschen Vertreter in Genf einen Standpunkt eingenommen, der nur als reaktionär bezeichnet werden kann. Freilich, wer konnte auch nach der famosen Arbeitszeitverordnung Dr. Brauns' vom 21. Dezember 1923 eine andere Stellungnahme erwarten. Jedenfalls ist die Regierung nicht gut beraten, wenn sie glaubt, immer wieder die Beseitigung des Achtstundentages als eine notwendige Kriegsfolge begründen zu müssen.

Demgegenüber hob der englische Regierungsdelegierte einige Stellen des Sachverständigengutachtens (Dawes-Gutachten) hervor zum Beweise dafür, daß die von den Sachverständigen vorge schlagenen Maßnahmen keine schwereren Lasten für den deutschen Steuerzahler zur Tilgung der inneren Schulden Deutschlands bedeuten als die Lasten der alliierten Mächte, die ihnen aus ihren inneren Verpflichtungen erwachsen. Es folgt daraus, so fuhr der Delegierte der englischen Regierung wörtlich fort, daß nichts in dem Bericht der Sachverständigen oder sonstwo ein Argument abgeben kann für die Einführung ungünstigerer Arbeitsbedingungen in Deutschland, als sie in den anderen Ländern üblich sind. Die Verkürzung der Arbeitswoche sei, so schloß der englische Regierungsdelegierte, der einzige praktische Vorteil, den die Arbeiter als Ergebnis des Friedens erzielt hätten. Diejenigen, die sie dieses Vorteils berauben wollten, würden seiner Ansicht nach eine sehr schwere Verantwortung auf sich laden.

Die Genossen Merten, Jouhaux und Poulton erhoben namens der organisierten Arbeiter ihrer Länder die Forderung, daß die Reparationszahlungen nicht allein auf Kosten der deutschen Arbeiter geleistet werden dürfen. Ferner führten sie Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, die unter dem Vorwande, mit ihrem Ergebnisse Reparationen zu leisten, nur dazu diene, den Unternehmern ein Privileg gegen die deutschen Arbeiter zu verschaffen. Außerdem aber werde die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland zu einem Vorwand für die Kapitalisten der anderen Länder, auch ihrerseits den Neun- und Zehnstundentag zu verlangen. Der Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, betonte, daß die Tatsache der Mehrarbeit in Deutschland eine internationale Gefahr bilde. Er wies an der Hand polnischer und tschechoslowakischer Erklärungen auf die Beunruhigung hin, die die deutsche Mehrarbeit in anderen Ländern hervorruft, und bestritt, daß Mehrarbeit immer Mehrproduktion bedeute, da letztere leichter durch technische Betriebsvervollkommnung erreicht werde, wobei er bemerkte, daß Deutschland, wie der Sachverständigenbericht feststelle, sein industrielles Rüstzeug erneuert habe. Er erklärte dann weiter, daß die Reparationen auf Grund des Achtstundentages geleistet werden könnten. Thomas verlas eine Stelle des Sachverständigengutachtens, nämlich § 8 B Teil I, wo es als ungerichtet bezeichnet wird, daß die Alliierten im industriellen Wettbewerb durch höhere Unkosten und auch höhere Gehälter als der deutsche Konkurrent gehindert werden. Dies bedeute die Forderung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts, dies bedeute, daß der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nur ein Moment des europäischen Wiederaufbaues sei. Dieses Gleichgewicht würde aber gebrochen durch einseitige Beschlüsse, denn wenn Sie in dem gleichen Augenblick, so rief Thomas der deutschen Delegation zu, in dem Sie die Empfehlungen des Sachverständigengutachtens annehmen, diese Empfehlungen durch Beschlüsse über die Arbeitszeit antafsen, die tatsächlich den auf anderer Grundlage von den Sachverständigen aufgestellten Schlussfolgerungen zuwiderlaufen, so bedenken Sie, welche Verantwortung dann auch auf Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Arbeiter- und Sozialfürsorge zurückfällt.

Dann pfliff der Vertreter der deutschen Arbeitgeber, Herr Vogel, das bekannte Lied, die deutschen Arbeitgeber seien durchaus nicht Gegner des Achtstundentages, wohl aber einer schematischen Anwendung der achtstündigen Arbeitszeit.

Der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, der Genosse Hermann Müller, gab die Erklärung ab, daß die deutschen Arbeiter unbedingt am Achtstundentag festhalten. Die Ausnutzung der augenblicklichen Notlage durch die deutschen Unternehmer werde die Arbeiter nicht daran hindern, den Achtstundentag zurückzuerobern. Die Sozialpolitik der deutschen Republik habe durch die Inflation einen schweren Rückschlag erlitten, aber auch die außenpolitischen Schwierig-

keiten, wie die Ruhrbesetzung, hätten der deutschen Demokratie schweren Schaden getan und die Arbeiterschaft dem Radikalismus von links und rechts in die Arme getrieben. Man hoffe aber, daß jetzt auch im Auslande ein grundsätzlicher Wandel zu einer Politik der Verständigung sich vollziehen werde. Der deutsche Arbeiter billige das Sachverständigengutachten als Grundlage für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; er wende sich aber dagegen, daß die deutschen Unternehmer ihm zumuten, die Reparationslasten durch Mehrarbeit anzutragen.

Mit Bedauern muß man als Ergebnis der Konferenz also feststellen: Die Überzeugung war in Genf allgemein, daß in Deutschland die Absicht besteht, die gesamten Reparationslasten direkt den Arbeitern aufzuerlegen. Großgrundbesitz, Industrie, Handel und Hochfinanz, überhaupt der Besitz, drückt sich von den Lasten der Reparationsleistung. Deshalb Arbeitszeitverlängerung. Die Kriegsgewinnler, die Sachwertbesitzer, die Besitzer der ins Ausland verschobenen Milliarden, sie sind erstaukt und vor aller Welt entlarvt. Diese Herrschaften, die den Krieg gewollt, weil er ihnen Gewinn brachte, die heute wieder zum Teil unter den neuen Kriegsherrn zu finden sind, wollen die Folgen ihres 1914 begangenen Frevels den Arbeitenden aufladen. Um diese „schlechte“ Tat vollbringen zu können, hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns den Herrschaften die Arbeitszeitverordnung geschenkt, die es den Unternehmern gestattet, unter Ausnutzung der Notlage der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften eine längere Arbeitszeit zu erpressen. Mit diesem Ruhm beladen wird Dr. Brauns in der Geschichte fortleben.

Arbeiterinnen, Arbeiter, lernt von den Unternehmern!

Die deutschen Unternehmer haben sich in festgefügteten Riesenorganisationen zusammengeschlossen. Es gibt in Deutschland fast keine Unternehmer, die nicht den Arbeitgeberverbänden, diesen Klassenkampforganisationen des Industriekapitals, angehören. Aber damit nicht genug. Die deutschen Unternehmer, die nie laut genug von der „Freiheit der Wirtschaft“, von der „Klauberi der gewerkschaftlichen Zwangslohntarife“ lärmen können, sie haben sich in Deutschland mehr als 10000 Kartelle, Syndikate und Verkaufsvereinigungen zur Hochhaltung der Preise geschaffen. Manche großen Werke, von denen jedes einzelne riesige wirtschaftliche Macht besitzt, gehören mehr als hundert verschiedenen Preisvereinen und Vereinigungen an, sind also mehr als hundertfach organisiert.

Dieser ungeheure Organisationsaufbau hat den Zweck, die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung des Unternehmertums zu schützen, vor allem aber die Löhne niedrig und die Preise hoch zu halten.

Arbeiterinnen, Arbeiter! Lernt von den Unternehmern! Wenn das wirtschaftlich starke Unternehmertum seine Macht steigern kann durch die Organisation, so könnt ihr, die ihr zu den wirtschaftlich Schwachen gehört, dieses in noch weit höherem Maße. Nur wenn ihr alle auch vereinigt, seid ihr stark genug, um die Angriffe des Kapitals, die Herabdrückung der Löhne, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Lasset euch von den Unternehmern über den Wert der Organisation belehren! Schließt euch der wirtschaftlichen Kampfsorganisation eures Berufes an,

an den Fabrikarbeiter-Verband.

Freie Gewerkschaften und Reparationslasten.

Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Befreiung der Steuern gegeben hat. Sie vermissen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuergegebung klar umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerystem nicht in angemessener Weise erfasst worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Befreiung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige ge-

setzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt im besonderen für die Einkommensteuer der sich selbst Einschätzenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldentwertungsgewinne und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.

Die Gewerkschaften erjuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessentenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schrecken dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auffassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Gesundung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, künftighin bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, geg. Leipzig.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund, geg. Schweiger.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, geg. Kofur.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

I. Vorgeschichte und Hauptinhalt des Gutachtens. Der Vertrag von Versailles hat die Reparationskommission mit der Festlegung der deutschen Reparationsschuld beauftragt. Diese hat den Gesamtbetrag am 27. April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Im Londoner Ultimatum vom 5. Mai teilte sie diese Schuld in zwei Teile: 50 Milliarden Goldmark, deren Verzinsung und Tilgung zunächst finanziert werden sollten, 82 Milliarden, die erst bei starkem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaftskraft in Frage kommen sollten. Die deutsche Zahlung sollte jährlich bis zur Abtragung der Schuld 2 Milliarden Goldmark als „feste Jahresleistung“ und 26 Prozent der deutschen Ausfuhr als „veränderliche Jahresleistung“ betragen. Da man die deutsche Ausfuhr damals auf 5 Milliarden Goldmark veranschlagte, hatte die Entlaste für den Anfang offenbar auf etwa 3-3 1/2 Milliarden Goldmark jährlich gerechnet. Außerdem wurde — entsprechend einem früheren Angebot der bürgerlichen Regierung Febrerbach — die Zahlung von einer Milliarde Goldmark vorab bis zum 31. August 1921 gefordert. Schon bei dem Versuch, diese einmalige große Goldleistung nicht durch Anleihe, auch nicht aus dem Goldbestand der Reichsbank, sondern aus den normalen Dividendenabnahmen der deutschen Wirtschaft zu leisten, erlitt die deutsche Währung, die bereits vorher auf 7-8 Prozent ihres Friedenswertes gesunken war, einen neuen, schweren Schlag, der noch dazu die den deutschen Ansprüchen nicht entfernende Regelung der oberstehtlichen Teilung außerordentlich verschärfte wurde. Im Herbst 1921 fiel infolge dieser Umstände und insbesondere auch infolge der Nichtfinanzierung der Reparationsleistungen die deutsche Währung auf etwa ein Fünftel ihres Wertes, d. h. von etwa 7 1/2 Goldpfennigen auf 1 1/2 Goldpfennige für die Mark. Daraufhin suchte das Kabinett Wirth im November 1921 um ein Moratorium nach, und Walter Rathenau erzielte ein solches in glänzender Verhandlungsleistung in Cannes, obwohl mitten in jener denkwürdigen Konferenz Briand, Litke und Poincaré schon an der Macht war. Die deutschen Sachleistungen wurden auf 1450 Millionen Goldmark festgesetzt, davon sollte Frankreich allein 900 Millionen Goldmark übernehmen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Übernahme auch nur einigermaßen in dieser Höhe erfolge, die französische Industrie also in solchem Maße auf die ihr im Wiederaufbau gegebene Arbeitslosigkeit verzichten würde, war gering. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil davon beantragt worden. Die Goldleistung wurde aber zuerst auf 720 und dann auf 500 Millionen Goldmark herabgesetzt. Obwohl heute unter dem Ricum-System eine beträchtlich größere Last getragen wird, ohne daß die Währung dadurch berührt würde, erfolgte damals nach kurzer Pause ein weiterer Währungssturz wegen der verantwortlichen Finanzpolitik, insbesondere der Nichtfinanzierung der Reparationsleistung, und die Führer der deutschen Demokratie machten in aller Welt die Reparationsleistungen, sowohl Gold- wie Sachleistungen, für diesen weiteren Sturz der Währung verantwortlich. Die Stimmung der Nichterfüllungspolitik wurde, von ihrer „Katastroph“ getragen, in allen bürgerlichen Parteien und nicht unwesentlich darüber hinaus verbreitet. Die Sache gegen diejenigen, die Erfüllungspolitik aus Erkenntnis bitterer Notwendigkeit vertraten, führte schließlich zur Ermordung Walter Rathenaus. Kurz nachher entschloß man sich zur Einstellung aller baren Zahlungen (Juli 1922), man erreichte auch ein ausdrückliches Moratorium für Barzahlungen für den Rest des Jahres (August 1922) und — trotz allem kam es zu immer wilderem Sturz der Valuta und

zur weiteren Verschärfung der Stimmung sowohl in Frankreich wie nicht minder auch unter der Politik der Schwerindustrie gegen jede Reparationsleistung auch in Deutschland. Obwohl das Kabinett Wirth diesen Strömungen meist, vielleicht schon allzu weit, entgegenkam, führte sie zum Sturz dieses Kabinetts und zur Berufung der rein bürgerlichen Regierung Cuno (November 1922). Dieser Regierung der diskontingüenten Unterdrückung, als der Vertreterin der die bisherige Erfüllungspolitik verneinenden Kreise, gelang keine Verständigung mit der Entente; ohne Anbahnung ihres Vertreters kam es zum Ruhrkampf (Januar 1923). Als dieser Kampf den unmittelbaren erwarteten Erfolg nicht brachte, dagegen infolge immer schärferer Finanzpolitik durch Notendruckerel einen Valutarückgang von einem in der Weltgeschichte bisher unerhörten Ausmaß festsetzte, trat die Entente im Mai 1923 die Bemühungen ein, zu einer neuen Verständigung über Reparationsleistungen zu gelangen. Hierbei mußte man auf früher abgelehnte Gedankengänge zurückgreifen:

Sofort nach Annahme des Londoner Ultimatus hatte der Reichswirtschaftsminister einen Plan zur Finanzierung der Reparationen vorgelegt, der eine Belastung der deutschen Sachwerte mit dem Ziele vorlag, auf Grund dieser Sachwerte eine äußere Anleihe für die Reparationszahlungen der ersten Jahre aufzunehmen. Dieser Plan war im September 1921 von der Industrie durchgezogen worden durch das sogenannte „Kreditangebot der deutschen Industrie“ von einer Milliarde Goldmark. Dieses Angebot wurde dann aber auch nicht annehmbar, sondern mit Hinweis auf die deutschen Eisenbahnen, die an sich Goldwert genug seien, wieder beiseitegeschoben. Schließlich wurde die ganze Finanzierung überhaupt mehr und mehr der Notpresse anvertraut. In der Not des Ruhrkampfes mußte man die Regierung Cuno doch wieder ein Erfüllungsangebot machen und tat dies, indem sie zunächst eine Summe von 30 Milliarden Goldmark anbot. Zins und Tilgung dieser Summe sollten aufgebracht werden zu:

- 1/3 = 10 Milliarden von den deutschen Eisenbahnen,
- 1/3 = 10 Milliarden durch hypothekarische Belastung der deutschen Sachwerte in Industrie, Handel und Landwirtschaft,
- etwa 1/3 = etwa 10 Milliarden durch Verbrauchsteuer.

Insgesamt bot die Regierung Cuno selbst schon eine Belastung von ungefähr 18,0 Millionen Goldmark jährlich an. Demgegenüber entwickelte Belgien die fogenannten belgischen Monopolpläne, nach denen aus Eisenbahnen, Sachwertbelastung, Zölle und Verbrauchssteuern neben der Deckung des deutschen Staats nach 3 1/2 Milliarden Goldmark aus der deutschen Steuerkraft herausgeholt werden könnten (Juli 1923). Diese Vorgänge sind die wesentlichsten Grundlagen, welche die ausländischen Sachverständigen, deren Prüfung zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage bereits das Kabinett Wirth-Rathenau angeregt und der amerikanische Staatssekretär Hughes bereits Ende 1922 unterzucht hatte, nun vorlag, als es Anfang 1924 mit Frankreichs Zustimmung von der Reparationskommission beraten wurde.

Bereits vorher hatte man aber in Frankreich das sehr teilsamerke und für Deutschland ungemein drückende Entente der Reparationsarbeiten; der ganze Plan wurde schon vor Abbruch des Ruhrkampfes fertiggestellt und ist hier und rücksichtslos durchgefallen worden. Sein Grundgedanke war, daß dem belgischen Gebiet Deutschlands Darlehensschulden angelehnt und aus ihnen die Reparationen durch Gewalt herausgeholt werden sollten, die bis dahin mit anderen Mitteln nicht geholt werden konnten. Dasselbe Industrieplan, die Rathenau geschickten und verfolgte hatten, weil er einen Betrag unterzeichnet, der jährlich 1 1/2 bis höchstens 1 3/4 Milliarden Goldmark übersteigend hätte, wählten am 22. und 23. und 24. dem anderen Erfüllungsangebot unterzeichneten, die bis zu 28 und selbst 30 Prozent der Produktion z. B. des Kohlenbergbaues frei lassen sogar bis zu 35 Prozent der Entente anliegend lieferten. Die unmittelbaren Kosten des Wirth-Rathenau-Systems, die nur von Rheinland-Westfalen getragen wurden waren nicht viel kleiner als diejenigen der Rathenau überhaupt zu tragen verprochen hatte. Außerdem aber anerkennen Deutschland härtesten Druckmaßnahme der Besetzung der deutschen Zölle an der Westgrenze dem Wegfall der deutschen Eisenbahneinnahmen im besetzten Gebiet, einer beschränkten Zollgrenze und anerkannter schwerer Wirtschaftsbemessungen würden bestiegen und andererseits Gebiet, so daß die Sach, die seitdem auf Deutschland ruht, recht wesentlich über alles hinausgeht, was Rathenau je zu leisten versprochen hatte; dabei haben die Ententeleistungen von diesem Druck und dieser Last nicht entfernt den gleichen Nutzen, den letztere hatten und unter Verzicht darauf, das was Rathenau sich amerikanische Verhältnisse, denn die Rathenau konnten aus ihrem Gewinne diese Lasten tatsächlich nicht tragen. Sie wollten also Verträge, sie auf Verträgen, Arbeiter und Staat abschließen. Wenn wir aber übernahmbarkeiten, aber unternehmbarkeiten und gerade im Vergleich schwerer Arbeitslasten gehalt haben, so eben auch wegen dieser unglücklichsten Form einer Erfüllungspolitik.

Demgegenüber stellt das Sachverständigen-Gutachten des Dawes-Komitees eines unergieblichen Fortschritts dar. Seine Hauptgründe sind die folgenden:

1. Die Bedingungen zu irgendeiner Lösung der Reparationsfrage ist die Stillhaltung der deutschen Währung und der Ausgleich des deutschen Budgets. Eine solche ist nur möglich, wenn Deutschland die wirtschaftlichen Mittel seines Gebietes zur Verfügung hat und dazu hat demselben zu wirtschaften kann.
2. Eine Sicherstellung der Währung wird am geschäftlichsten, wenn die Devisenbewehrungen, insbesondere auch die Rentenmark, durch eine echte Golddeckung (Goldmarkenbank) ersetzt werden.
3. Der deutsche Staat muß so ausgerüstet werden, daß er nicht nur die inneren Verwaltungsaufgaben best, sondern auch für die Kriegsschulden ausreichen Beträge bereithält. Dies ist nach Ansicht des Dawes-Komitees bei geordneter Verbesserung möglich, ohne die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter diejenige der wichtigsten Ententevölker setzen zu lassen.
4. Die Kosten des Friedensvertrages müssen in eine Summe zusammengefaßt werden. Bei dem jetzigen geschwächten Zustande der deutschen Wirtschaft ist eine Zahlung im ersten Jahre überhaupt nicht in den drei folgenden Jahren nur in einem kleinen Teil des Budgets möglich. Deswegen muß das erste Jahr, in dem Zahlungen gemacht werden müssen, durch eine entsprechende Anleihe von 300 Milliarden Goldmark gebrückt werden, im zweiten Jahre muß für einen Teil der Reparationslast der Betrag durch Verkauf von Eisenbahnobligationen herbeigeholt werden. Die bis zum Dawes-Komitee die deutsche Belastung in den nächsten Jahren denkt, zeigt die folgende Tabelle:

Vorgeschriebene Zahlungen Deutschlands (in Milliarden Goldmark):

Jahr	Währungsausgaben	Devisenbewehrungen	Wirtschaftsleistungen	Wirtschaftsausgaben	Wirtschaftsüberschüsse	Wirtschaftsdefizite	Wirtschaftsüberschüsse	Wirtschaftsdefizite	Wirtschaftsüberschüsse	Wirtschaftsdefizite
1924-1925	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1925-1926	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1926-1927	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1927-1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1928-1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Nach dem Kavalariatsjahr von 1923/24 läßt sich eine etwaige Steigerung ein, wenn Deutschlands Wirtschaft sich hebt. Diese Hebung wird nach einem „Wirtschaftsjahr“ gemessen. Würde die deutsche Wirtschaftsentwicklung etwas in gleichem Maße vor sich gehen wie im dem Jahreshat vor dem Weltkrieg, so würde ein jährlicher Zuwachs von etwa 3 bis 4 Prozent in Betracht kommen. Für die Jahre 1924-1929 läßt sich über das Sachverständigen-Gutachten davon nur die Hälfte vor.

Wie die Tabelle zeigt, nimmt das Sachverständigen-Gutachten die Lasten

2. aus der Eisenbahnverkehrssteuer;
 3. aus einer Sachwertbelastung der Industrie in der Form von Obligationen, die 5 Milliarden Goldmark umfaßt;
 4. der Rest der erforderlichen Summe wird aus dem Etat aufgebracht, insbesondere haften dafür die Zölle, die Steuern auf Zucker, Bier, das Alkoholmonopol und das neu zu schaffende Tabakmonopol.
 5. Damit wird nur gesichert, daß die Beträge in deutscher Währung aufgebracht werden. Ob und wieviel davon in Devisen bezahlt werden kann, ob und wieviel in Sachleistungen abgenommen wird, das regelt ein Agent für Reparationszahlungen, der diejenigen Beträge, die nicht ohne Gefahr der Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland übertragen („transferiert“) werden können, für Rechnung der Entente in Deutschland ausleihen kann. Dies bis zu einem Betrage von 5 Milliarden Goldmark. In dieser Betrag erreicht, so hören deutsche Reparationszahlungen so lange auf, bis wieder „transferiert“, d. h. in Waren oder Geld ohne Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland geliefert werden kann.
 6. Zur Kontrolle der deutschen Reparationsleistungen werden eingesetzt: neben dem Agenten für Reparationszahlungen, je ein Komitee für Eisenbahnen, Goldnotenbank und die Verbrauchseinnahmen und Monopole mit je einem Ententekommissar als Vorsitzenden; dazu ein Komitee für die Industrieobligationen.
- (Fortsetzung folgt.)

Betriebsräte, Vorsicht!

Man konnte in letzter Zeit wiederholt die Warnung machen, daß einflussreiche Persönlichkeiten im Arbeitgeberlager in Wort und Schrift dafür eintraten, die Arbeitgeber sollten versuchen, mit ihrer Belegschaft unter Ausschaltung der Gewerkschaften direkt über Lohn- und Arbeitszeitfragen zu verhandeln. Die Betriebsräte seien sehr geeignet, derartige Verhandlungen zu führen. Die Sache wird so hingestellt, als hätten die Arbeiter im allgemeinen und die Betriebsräte im besonderen weit mehr Verständnis für die schwierige Lage der „notleidenden“ Arbeitgeber als die Gewerkschaftsführer, die bereit seien, die Arbeitgeber zu ruinieren, zum Schaden der Arbeiter, die dann auch brotlos würden. Deshalb: Fort mit den Gewerkschaften, so rufft z. B. Herr Syndikus Rechtsanwalt Klantner aus; sie müssen beiseite geräumt werden. Dafür sind überall Werksgemeinschaften zu gründen. Die Betriebsräte müssen vom Arbeitgeber ernannt werden, und nur solche, die ihm als besonders zuverlässig erscheinen, rufft Klantner weiter aus.

Dieser Trick, mit den Betriebsräten selbst zu verhandeln, ist nicht neu. Schreiber dieses hat schon vor mehreren Jahren im „Proletarier“ darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber dieses Mittel in Anwendung zu bringen versuchen, um für sich Vorteile herauszuschlagen. Damals ging man allerdings nicht so offen vor wie heute, um die Arbeiter nicht mißtrauisch zu machen. Es wurde mehr von hinten herum vertrieben. Im Gegenzug zu heute gelang es nur in wenigen Fällen, die Arbeiter zu Sonderverhandlungen zu bewegen.

Jetzt, nach einer jahrelangen systematischen Arbeiterzerpflüchterung durch radikale Elemente, hält man im Arbeitgeberlager den Zeitpunkt für gekommen, einen Vorstoß zu wagen. Man spekuliert darauf, daß der Widerstand in den Betrieben erheblich nachgelassen hat. Es ist den Arbeitgebern auch nicht unbekannt, daß viele Arbeiter wieder die Zuspätkommen über die Ohren gezogen haben. Zufüßler sind immer im Betriebe vorhanden, die den Unternehmer unterstützen, wie es unter der Arbeiterschaft ansieht. Wie wäre es sonst zu erklären, daß in mehreren Fällen in Verhandlungen die Arbeitgebervertreter die Behauptung aufstellen konnten, unsere Vertreter hätten gar keinen Auftrag. Verhandlungen zu führen, da nach ihrer Kenntnis die Arbeiter unserer Organisation nicht mehr angehören. Es bedarfte erst längerer Auseinandersetzungen über diese Frage.

Solange es immer noch Arbeitergenossen gibt, die es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Gewerkschaften und ihre Führer auf den Arbeitsschlössen oder bei sonstigen Anlässen herumzuführen, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, daß den Arbeitgebern der Kampf schmeckt.

So konnte es denn kommen, daß in der Arbeitszeitfrage die Fährte sich häufen, wo die Betriebsräte sich auf Drängen des Arbeitgebers, trotz Festhalten eines Rahmenvertrages, der die achtstündige Arbeitszeit vorsieht, bereit erklärten, zu verhandeln und eine längere Arbeitszeit zu vereinbaren.

Bei der Art und Weise, mit welcher die Arbeitgeber vielfach vorgehen, — es wird mit Entlassung oder gar Entlassung des Werkes gedroht — ist es weiter nicht verwunderlich, wenn sie ihren Willen durchsetzen, zumal sie wissen, daß die Arbeiter den Gehirns der Organisation nicht mehr gerieren, weil sie das Beitragszahlen vergessen hatten.

Während bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes die Unternehmer schon gegen den Gesetzentwurf Sturm liefen, haben sie jetzt herausgefunden, daß die Betriebsräte sehr gut für ihre Zwecke zu gebrauchen sind, hauptsächlich, wenn es sich darum handelt, die verhassten Gewerkschaften auszuschalten.

Nun ist das eigenmächtige Vorgehen eines Teiles der Betriebsräte bis zu einem gewissen Grade dort zu entschuldigen, wo das Organisationsverhältnis im Betriebe viel zu wünschen übrig läßt. Es liegt auf der Hand, daß ein Betriebsrat sich ganz anders einstellt, wenn er sieht, daß ein großer Teil, wenn nicht gar die Mehrheit seiner Belegschaft der Organisation fremd und feindselig gegenübersteht. Er wird in diesem Falle in erster Linie auf die Sicherung seiner eigenen Existenz bedacht sein. Wo aber das Gegenteil der Fall ist, und die Belegschaft den Gehirns der Organisation genießt, darf sich der Betriebsrat auf Sonderverhandlungen über Lohnherabsetzung oder Arbeitszeitverlängerung nicht einlassen. Das Rahmen des Arbeitgebers ist strikte abzulehnen und auf Verhandlungen mit der zuständigen Organisation zu verweisen. Die Betriebsräte sollen nur die Durchführung der Vereinbarungen überwachen, nicht aber selbst solche abschließen. Es hat sich in den meisten Fällen herausgestellt, daß derartige Vereinbarungen eine Menge Hindernisse für die Arbeitgeber offen legen, die es ihnen ermöglichen, diese oder jene Be-

stimmung zu ihrem Gunsten auszunutzen. Wopu Betriebsrat und Organisation auch von Arbeitsgehenden berührt werden, zeigt folgender Fall. In einem Betriebe war es einem übereifrigen Buchhalter gelungen, einige junge Leute in den „Stahlhelm“ aufzunehmen. Weil nun die

Zugehörigkeit zu dieser sonderbaren Vereinigung auch äußerlich zu erkennen sein muß, wurde den Leuten vom Buchhalter erklärt, Mägen könnten sie von ihm beziehen. (Geschäft ist Geschäft, und wenn es ein solches mit Stahlhelmmittgliedern ist). Die Leute erklärten sich mit der Lieferung einverstanden, wenn der Betrag erst nach dem Feste (es war kurz vor Pfingsten) abgezogen würde. Die Mägen wurden geliefert und der Betrag vom „Lieferanten“ noch bei der Lohnzahlung vor Pfingsten in Abzug gebracht. Hiermit waren nun die neuen Stahlhelmmittglieder nicht einverstanden. Sie verlangten vom Betriebsrat, daß er vorstellig werde, um die Sache so zu regeln, wie sie abgesprochen war. Der Betriebsrat hat sich tatsächlich dazu bereit gefunden, konnte aber nichts erreichen. Er beauftragte nunmehr die Organisation mit der Angelegenheit. Diese hat es abgelehnt, unter den geschilderten Umständen und für derartige Kindereten den Prügeljungen abzugeben.

Wann werden sich die Arbeiter auf sich selbst besinnen und ihre organisatorischen Einrichtungen so ernst nehmen, wie sie genommen werden müssen. Die Arbeitgeber wissen, was sie ihrer Organisation schuldig sind, und handeln danach. Dort sind die Reihen geschlossen.

Den Betriebsräten aber sei gesagt: Seid vorsichtig! Überlegt, ehe ihr etwas unternimmt, und wenn ihr euch nicht klar seid, dann holt euch Auskunft bei eurer Organisation! Manche Unannehmlichkeiten kann vermieden werden, wenn so gehandelt wird. Gemüht euch an, Hand in Hand mit der Organisation zu arbeiten, es gereicht euch zum Vorteil und erleichtert euch die Arbeit. Ersprießliche Arbeit kann nur in Gemeinschaft mit der Organisation geleistet werden. W. H.

So darf es nicht weitergehen!

Aus einer rheinischen Zehlfelle wird uns geschrieben: Klingel-ling-ling. Das Telefon weckt. Der junge Angestellte der Zehlfelle eilt an den Apparat. Wer mag so spät noch anrufen? Hier... Obmann der... Werke. Da muß morgen früh sofort nach... und dich nach den Akkordlöhnen erkundigen. Unsere Firma will abbauen. Morgen ist das nicht zu machen. Es ist Sonntag, und am Sonntag ist dort niemand im Betrieb. Ich gehe am Montag hin und komme dann zu euch ins Werk, um mit der Firma zu verhandeln“, antwortete der Angestellte. Das geht nicht. Die Formern wollen am Montagmorgen streiken. Wenn am Montagmorgen die Sache nicht geregelt ist, arbeiten die Kollegen nicht mehr weiter“, worauf die Antwort gegeben wurde, daß am Abend in dem Orte, wo ein großer Teil der Kollegen des in Frage kommenden Betriebes wohnte, eine Versammlung stattfände. Die Kollegen seien ja hierzu eingeladen worden: es sollen in dieser Versammlung die Vorkommnisse im Betrieb mitgeteilt werden. Der Angestellte freute sich schon im voraus, endlich in diesem Orte einmal eine gut besuchte Versammlung zu bekommen, zumal sämtliche vorausgegangenen Versammlungen sehr schlecht besucht waren. Die Freunde war jedoch verärgert. Nach zweistündigen langen Worten mußte er unrichtigster Sache den Rücken antreten. Von über 300 Arbeitern hatte sich — jede und schreibe — ein ganzer Mann zur Versammlung eingefunden. Wie diese Arbeiter die Interessenvertretung in Wirtschaftstreue ausüben, kann es unmöglich gehen. Am Tage beschäftigt man sich auf der Arbeitsstelle mit Arbeitseinstellung und am gleichen Abend hält man es nicht einmal für notwendig, die von der Organisation einberufene Versammlung zu besuchen. Der Verband, bzw. der Angestellte, soll zu jeder Minute bereit stehen, um den Kollegen helfend beizutreten. Die Kollegen selbst wollen aber nicht das geringste mit dazu beitragen, um die geforderten und erstrebten Verbesserungen zu erreichen. Wie in diesem Falle, so kann man sehr oft feststellen, wie unverständlich und ohne jegliche Überlegung viele Arbeiter ihren gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber handeln. Der Verband soll sofort zur Stelle sein, wenn es einmal nicht klappt. Er soll gegebenenfalls wochenlang große Summen an Streikunterstützung auszahlen, die Arbeiter selbst scheuen sich, auch nur einige Stunden Zeit zum Besuch einer Versammlung zu opfern. Wer so dem Verbande gegenüber handelt, darf sich nicht wundern, wenn heute die Unternehmer bei ihren Abbaumaßnahmen immer ungerierter vorgehen. Sie finden ja in den so eben geschilderten Arbeitern gute Helfer für ihre Bestrebungen.

Nur unermüdete Anstrengungsarbeit kann hier zur Besserung führen. Was in den letzten Jahren infolge der gesteigerten Tätigkeit des Verbandes bei den zahlreichen Lohnbewegungen verabsäumt wurde und nicht durchgeführt werden konnte, muß jetzt mit doppeltem Eifer nachgeholt werden. Die Stärke des Verbandes, seine Schlagkraft hängt nicht nur von der Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und von den Finanzverhältnissen allein ab, sondern in hohem Maße auch von der Disziplin und der geistigen Einstellung der Mitglieder. Nur wenn die Arbeiterschaft die Zusammenhänge des Wirtschaftsgetriebes zu erkennen vermag und sie die Einrichtungen unserer Organisation, ihre Statuten, die Befehle der Verbandsorgane erkennt und befolgt, können wir zu größeren Erfolgen streifen. Und dies kann nur durch stilles Leben der Verbandsarbeit und steten Besuch der Verbandsversammlungen erreicht werden. H. Treichel (Andernach).

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Wirtschaftlicher Irrtum. — Politischer Größenwahn. Der aus dem verlorenen Weltkrieg hervorgegangene Friedensvertrag von Versailles mit seinen Reparationsverpflichtungen und Sachleistungen sowie der mit einer starken Geste begonnene und elend zusammengebrochene Ruhrkampf haben auch die deutsche Wirtschaft in eine gedetzte verzweifelte Lage gebracht. Verschärft wurde diese Lage nach durch die „edle Zunft der Schieber und Wachter“, die nicht nur deutsches Kapital und deutsche Wertgegenstände im väterländischen Interesse nach dem Auslande verschoben, sondern auch die deutschen Produkte zu Schieberpreisen auf dem Weltmarkt warfen und dadurch zu einer Schwächung des deutschen Volksertrages beitrugen, dabei sich aber nicht schämten, im Inlande von den eigenen Landsteuten die unverzinstesten Wachterpreise zu fordern. Dieselben Kreise haben sich nicht geschämt, durch ihre regelrechte Steuerdrückerei die Inflationswirtschaft in Deutschland zu fördern. Soweit sie die durch die Inflationsperiode gemachten Papiermarkgewinne nicht in Devisen und Waren umwandeln konnten, wurden die flüssigen Mittel für Neubauten, Luxus-Automobile und einen verschwenderischen Lebenswandel ausgegeben, der mit der wirklichen Not des deutschen Volkes im kräftigsten Widerspruch stand. Nach der gewaltig durchgeführten Stabilisierung der Mark fehlte der deutschen Wirtschaft das auf diese Art vergeudete Volkvermögen, so daß wir heute eine im deutschen Wirtschaftsleben noch nie ge-

kannte Kredit- und Geldnot haben, die noch verschärft wird durch den Zinsmücher des deutschen Bankkapitals. Über-

mal ist es die Arbeiterkraft, die durch Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit die Kosten für diese unsinnige Wirtschaftspolitik zu tragen hat.

Anstatt durch eine allgemeine Preissenkung auf der ganzen Linie die Produktion zu heben und durch eine kluge und vernünftige Innen- und Außenpolitik die Gewährung von Auslandskrediten zu fördern, steht fast das ganze Unternehmertum die einzige Rettung aus der überaus schwierigen wirtschaftlichen Lage nur in einer Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmerschaft. Alle von den gewerkschaftlichen Vertretern dagegen erhobenen Einwände werden von den Unternehmern mit einer kurzen Handbewegung abgetan.

Die Unternehmer der deutschen Papiererzeugungs-Industrie führen als Begründung der Verlängerung der Arbeitszeit die dadurch erreichte Verbilligung der Produktion an.

Nachgewiesenermaßen kann auch durch die Einführung der 10- und 12stündigen Arbeitszeit eine nennenswerte Erhöhung der Produktion nicht erfolgen, zumal für die gesamte Papiererzeugungs-Industrie die Friedensproduktion der Vorkriegszeit bereits erreicht, in einzelnen Werken sogar bedeutend überschritten ist. Trotzdem wir auf diese Tatsache bei allen Verhandlungen hingewiesen haben, wurde sie von den Arbeitgebern bestritten. Den Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptungen liefert aber die Papiererzeugungs-Industrie des besetzten Gebietes. Mit Hilfe des famoson Sondertarifamtes für die Papiererzeugungs-Industrie wurde in diesem Gebiete für die Mehrzahl der Fabriken die Arbeitszeit der in einer Schicht beschäftigten Arbeitnehmer auf 54 bis 60 Stunden pro Woche verlängert und an Stelle des Dreischichten-Systems das Zwei-Schichten-System auf der ganzen Linie eingeführt. Unter dem Druck dieser Schiedsprüche haben dann die Arbeiter fast sämtlicher übrigen Betriebe in die gleiche Arbeitszeit eingewilligt. Wäre die Logik der Unternehmer richtig, so müßte die Papiererzeugungs-Industrie im besetzten Gebiete nicht nur konkurrenzfähig, sondern flott beschäftigt sein. Genau das Gegenteil ist der Fall. In der Nr. 54 der "Papierzeitung" schreibt "Papier-Schnee" in einem Bericht über den Papiermarkt im besetzten Gebiet u. a. folgendes:

"Auch die Sorgen vieler Papierfabriken sind kaum zu erfragen. Der Absatz sinkt und schon haben eine Anzahl Betriebe die Zahl der Arbeitstage verkürzt. Das Ausland nimmt nichts auf und die Eigenproduktion übersteigt den schwachen Bedarf."

Wenn diese "Erfolge" trotz der allgemein durchgeführten verlängerten Arbeitszeit erreicht wurden, so ist dieses der beste Beweis für unsere Behauptung, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit die Rettung der deutschen Wirtschaft nicht erfolgen kann, daß im Gegenteil eine übermäßig verlängerte Arbeitszeit zum Produktionsrückgang führen muß.

Ist es ein Irrtum der Unternehmer, durch eine gewaltsame Verlängerung der Arbeitszeit die herrschende Wirtschaftskrise zu überwinden, so war es sicherlich ein bewußter Irrtum der Unternehmer, wenn sie bei allen bisherigen Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeitfragen die Behauptung aufstellten, daß die deutschen Preise über den Weltmarktpreisen lägen und infolgedessen die deutsche Papiererzeugungs-Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Dieser bewußte Irrtum der Unternehmer wird in der gleichen Nummer der "Papierzeitung" berichtigt durch eine Notiz über die wirtschaftliche Lage in Schweden und Norwegen, die aus der Mitte Juni erschienenen Fachzeitschrift "Tidkr. f. Papperind." entnommen ist und in der es u. a. heißt:

Die mitteleuropäischen Fabrikanten haben ihre Preise beträchtlich in die Höhe gesetzt, so daß diese den skandinavischen Preisen ganz nahe gekommen sind.

Da Deutschland zur Zeit noch immer in Mitteleuropa liegt, können mit dieser Notiz außer den österreichischen und tschechischen Papierfabrikanten nur noch die deutschen gemeint sein. Die Notiz beweist das Gegenteil der von den deutschen Papierfabrikanten über die Preislage immer wieder aufgestellten Behauptung. Es bleibt deshalb nur folgendes übrig: Entweder die deutschen Papierfabrikanten haben den Arbeitnehmern gegenüber die Wahrheit gesagt, und dann stimmt der skandinavische Bericht nicht, oder aber der Bericht aus Skandinavien entspricht den Tatsachen, dann haben eben die deutschen Papierfabrikanten bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitnehmern in dieser Frage den wirklichen Sachverhalt falsch dargestellt. Nach den bisherigen Erfahrungen könnte die Arbeitnehmerschaft fast zu der letzten Schlussfolgerung neigen.

In dem bereits erwähnten Artikel der "Papierzeitung" schildert "Papier-Schnee" die Auswirkung der derzeitigen Wirtschaftskrise für die deutsche Papier-Industrie folgendermaßen:

Die Geldnot hat einen Grad erreicht, der das Befinden jeder selbständigen Unternehmung in Frage stellt. Dazu kommt die täglich zunehmende Erwerbslosigkeit, geradezu verwerfliche Steuerforderungen und für sehr viele die glatte Arbeitslosigkeit, keine Lebensgrundlage zu halten. Mit Schrecken sieht man das Kreditfahlo bei der Bank und kann nichts tun, kann nicht verhindern, daß Zinsen und Diskontklast zu Zahlen anschwellen, die atemberaubend wirken. Nichts ist zu verschleiern, sorgenvoll sieht jeder das Zusammenschrumpfen seines Besitzes. Eine Rettung gibt es kaum. Auch die im Anmarsch befindlichen (???) "Ansländsarebidit", seien sie offiziell oder privat, immer treffen sie uns mit ganzer Härte. Kreditagenten und neue Bankkredit-Tries sind gekommen wie Pilze nach nassem Wetter. Das geschlagene Deutschland verfinstert finanziell und wirtschaftlich mehr und mehr in die Abhängigkeit des Auslandes. So ist ein großes starkes Volk für Jahrzehnte geschlagen durch die Folgen eines unheilvollen Krieges.

Schärfer sind auch von uns die Folgen des unheilvollen Krieges nicht geschildert worden, wie es hier durch einen Unternehmer geschieht. Anstatt nun durch politische Klugheit und Einsicht den Versuch zu machen, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich noch einigermaßen günstige Existenzbedingungen für das deutsche Volk auf dem Verhandlungswege mit den Gegenkontrahenten des Friedensvertrages von Versailles zu erringen, gibt es trotz der allgemein anerkannten wirtschaftlichen und staatlichen Schwäche der deutschen Republik immer noch Papiererzeugungs-Fabri-

kanten, die, genau wie in der Vorkriegszeit, sich einbilden, durch ein blödsinniges Säbelgerassel die übrige Welt in Furcht und Schrecken zu jagen. Ein typischer Vertreter dieses militaristisch verfeuchten Unternehmertums ist der frühere Papierfabrikdirektor der Patentpapierfabrik Penig, Herr Heino Castorf, der als Gelegenheitsdichter in seinem Neujahrsgebiicht die Kriegsgefahren, wenn auch nicht formvollendet, aber doch recht laut bläät:

Zwiel des Leids! Die Hände recken
Sich stehend auf zum Firmament:
Und war's ein Ende selbst mit Schrecken,
Nur nicht ein Schrecken ohne End!

Zwiel der Schmach! Zwiel der Noht
Und mag's auch blutig für uns tagen,
Ehrlös und wehrlos — bitterer Tod!

Die deutschen Papierarbeiter werden selbstverständlich nichts dagegen haben, wenn alle die Papierfabrikanten und Fabrikdirektoren die Hände in die Höhe recken, um für das "Vaterland" in den bitteren Tod zu gehen. Hoffentlich beteiligen sich daran aber auch jene Unternehmer und Direktoren, die noch einige Jahrzehnte länger sind als Herr Castorf, denn sonst wird es mit dem "bitteren Tode" sicher nichts.

Selbstverständlich sind diese Herrschaften auch schärfste Gegner der republikanischen Staatsform. Ihre Sehnsucht nach der Monarchie bringt Castorf im folgenden Schästelreim zum Ausdruck:

Und diesen Tag, den Tag der Ehren,
Du neues Jahr, laß ihn erstehn,
Die Farben Schwarz-Weiß-Rot, die beehren,
Laß wieder hoch im Winde wehn!
Laß uns auf allen Schicksalspfaden
Eins sein, trotz Teufel, Rot und Tod —
Brich an, du Tag von Gottes Gnaden!
Flamm auf, du deutsches Morgenrot!

Die Sehnsucht der Unternehmer nach dem alten Militär- und Polizeistaat Wilhelms II. ist nur zu verständlich. Würde es ihnen gellgen, diese Staatsform wieder einzuführen, dann könnten sie wie in der Vorkriegszeit wieder unbehindert und lustig die Knute über ihre Lohnsklaven schwingen. Die Papierarbeiterschaft wird durch Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen dafür zu sorgen haben, daß diese frommen Wünsche der Herren von der edlen Papiermacherjungst nicht in Erfüllung gehen. O. Stähler.

Der ungekrönte König von Bredereweiche.

In einem versteckten Winkel der Mark-Brandenburg liegt — auf der Provinziallandkarte nur mit dem Vergrößerungsglas zu finden —, 8 Kilometer von der Eisenbahnstation Gannow entfernt, der Ort Bredereweiche. In diesem Orte befindet sich die Märkische Holzstoff- und Pappfabrik nebst Sägerei. Der Besitzer dieser Betriebe, Herr Buchholz, herrscht wie ein kleiner ungekrönter König über seine Lohnsklaven. Besonders schwer liegt ihm der Fabrikarbeiterverband im Magen. Wie uns mitgeteilt wird, hält er seinem Betriebsrat fast in jeder Sitzung einen Vortrag über den Wert oder, richtiger gesagt, den Unwert der gewerkschaftlichen Organisation. Besonders haben es ihm die Artikel im "Proletarier" unter der Rubrik "Papier-Industrie" angean, die zu wiederholten Malen von ihm als theozentrische Unterlagen in den Betriebsratsitzungen zu seiner Verzierung über Gewerkschaftstaktik und Gewerkschaftspraktik benutzt wurden.

Könige, auch wenn sie ungekrönt sind, sind Tyrannen und lieben den Absolutismus. Infolgedessen glaubt Herr Buchholz, als absoluter Herrscher in seinem Betriebe nach selbstherrlicher Willkür bestimmen zu können. Was kümmert ihn Recht und Gesetz, was scheren ihn Tarifverträge und rechtsverbindliche Abmachungen? Als absoluter Herrscher über seine Papierproleten handelt er nach dem bekannten Bischofsworte: "Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben". Infolgedessen hat, wie uns glaubhaft versichert wird, Herr Buchholz, ohne Rücksicht auf den Gesamtarbeitsvertrag für die Papiererzeugungs-Industrie und seine Bestimmungen und ohne sich um den Schiedspruch vom 5. März d. J. betr. die Arbeitszeit in der Papiererzeugungs-Industrie zu kümmern, seiner Arbeiterschaft an Stelle des Achtfundentages den Zwölfstundentag diktiert, eine Maßnahme, die nicht nur vollkommen tarifwidrig, sondern, wie Herr Buchholz als Beisitzer des Tarifamtes recht gut weiß, auch gesetzwidrig ist. Unser Verband wird ihn erst daran erinnern müssen, welche Wege selbst Tarifamtsmitglieder einzuschlagen haben, um die verlängerte Arbeitszeit zu erreichen.

Herr Buchholz muß als Tarifamtsmitglied auch den § 12 des Gesamtarbeitsvertrages noch mindestens kennen, der in seinem Absatz 2 befaßt:

Über die Neueinführung von Prämien oder die Änderung bestehender Prämienätze entscheidet Betriebsleitung und die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft im gegenseitigen Benehmen.

Uns ist jedenfalls nicht bekanntgeworden, daß Herr Buchholz nach dieser tarifvertraglichen Bestimmung verfahren hat, als er für einen Teil der Arbeiter das Prämienystem einführt. Hoffentlich vergißt Herr Buchholz nicht, auch diesen Artikel zu benutzen, um seinem Betriebsrat eine Vorlesung über die tarifvertraglichen Rechte des Arbeitgebers zu halten.

Zweifellos würde die Sehnsucht nach den vorkriegszeitlichen Verhältnissen bei Herrn Buchholz nicht so stark entwickelt sein, wenn er nicht genau wüßte, daß ein Teil seiner Arbeiter, teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Beitragsdrückbergerei, dem Verbanne den Rücken gekehrt hätte. Die Laizität für das unkollegiale Verhalten dieses Teiles der Belegschaft hat Herr Buchholz seiner Gesamtarbeiterschaft deshalb prompt ausgestellt. In der Papierarbeiterschaft in Bredereweiche wird es liegen, ob auch in diesem Betriebe wieder erträgliche Verhältnisse einkehren sollen. Möglich ist diese Einkehr nur, wenn die dortige Arbeiterschaft sich wieder geschlossen und opferbereit zu ihrer Berufsorganisation bekennt. Bis dahin gelten auch für sie die treffenden Worte von Bürger:

Niel Klagen hör' ich oft erheben
Von Hochmut, den der Große äßt,
Der Großen Hochmut wird ich geben,
Wenn unsere Kriecherei sich gibt!

O. Stähler.

Industrie der Steine und Erden

Lohnabschlüsse in der Industrie der Steine und Erden. Ziegel-Industrie.

Krsh. Jwirkau: Der Spitzenlohn beträgt vom 1. Juni an 55 Pf. pro Stunde.

Sement-Industrie.

Rheinland-Westfalen: Vom 15. Juni an beträgt der Spitzenlohn 47 Pf. pro Stunde. Hausstandsgeld und Kinderzulage beträgt 1 Pf. pro Stunde.

Gips-Industrie.

Bezirk Oberhein-Westfal: Der Spitzenlohn beträgt 46 Pf. pro Stunde. Soziale Zulage beträgt 1 Pf. pro Stunde.

In Nr. 28 des "Proletariers" vom 12. Juni ist berichtet worden, daß der Spitzenlohn für Nordbayern in der Speckstein- und Steatit-Industrie in der 1. Ortsklasse 50 Pf. beträgt. Der Spitzenlohn in der 1. Ortsklasse beträgt nicht 50, sondern nur 48 Pf.

Die Aussperrung der Gipsarbeiter in Stadtfoldendorf.

Am Sonnabend vor Pfingsten wurde in den Betrieben der Gips-Industrie in Stadtfoldendorf folgende Bekanntmachung angeschlagen:

In der Aussprache vor dem am 31. Mai abgehaltenen Tarifamt haben wir erklärt, daß seit Fällung des Braunschweiger Schiedspruches Absatz und Verkaufspreis wesentlich zurückgegangen seien und daher eine Angleichung der Löhne auf denjenigen Stand gefordert werden müsse, zu welchem andere gleichartige Industrien arbeiten. Wir seien aus dem für den angestrebten Fortgang der Betriebe und obliegenden Verantwortlichkeitsgefühl heraus keinen Zweifel daran gelassen, daß von einer derartigen Festsetzung der Löhne der Beschäftigungsgrad unserer Industrie abhängig sei und daß jede Verfeinerung in der Fabrikation ernste Folgen nach sich ziehen müsse.

Diese Darlegungen sowie die Feststellung, daß die Kosten der Lebenshaltung im Mai einen weiteren Rückgang erfahren haben, sind ohne Wirkung geblieben, denn das Tarifamt hat — allerdings nicht einstimmig — eine Erhöhung des Grundlohnes um 3 Pf., auf 41 Pf., vom 8. Juni an ausgesprochen.

Wir haben diesen Schiedspruch sofort nach Verkündung abgelehnt und sind nunmehr gezwungen, unsere Betriebe so lange zu schließen, als ihre Wirtschaftlichkeit nicht sichergestellt ist. Unter Beobachtung der im Reichsarbeitsvertrag vorgesehenen Sperrezeit kündigen wir hiermit der gesamten Belegschaft zum 21. Juni d. J.

Die Wiederaufnahme der Arbeit kann nur erfolgen zu Löhnen, die über die Leistungsfähigkeit unserer Industrie nicht hinausgehen, und nur diejenige Anzahl Arbeitnehmer kann in den einzelnen Betrieben wieder eingestellt werden, die dem Umfange der Beschäftigung entspricht.

Stadtfoldendorf, den 7. Juni 1924.
gez. E. Rothschild, O. Mittendorf, Brandt u. Ko.
F. Jürgens II u. Ko.

Durch das Aussprechen der Kündigung glaubten die Arbeitgeber die Arbeiterschaft der dortigen Gips-Industrie bewegen zu können, auf die Erfüllung des vom Tarifamt gefällten Spruches zu verzichten. Die Arbeitgeber waren aber sehr enttäuscht, als an dem Tage, an welchem die Kündigung abgelaufen war, sie keinen einzigen Arbeiter auf ihrer Seite hatten, denn keiner erklärte sich bereit, am Montag, dem 23. Juni, auf Grund der ausgesprochenen Kündigung die Arbeit anzunehmen. Aus diesem Grunde behaupten nun die Arbeitgeber, sie hätten die Arbeiter nicht ausgesperrt, sondern die Arbeiter freikien.

Die Arbeitgeber in Stadtfoldendorf versuchen genau so zu verfahren, wie die Arbeitgeber andermwärts. Wenn nämlich die Arbeiter Forderungen stellen, um ihren Lohn zu erhöhen, werden sie ausgesperrt, oder, wenn vom Schlichtungs-Ausschuß oder einem Tarifamt ein Spruch gefällt wird, der über die Höhe des zur Zeit gezahlten Lohnes hinausgeht, und von der Arbeiterschaft die Verbindlichkeitsklärung beantragt wird, sperrt man sie gleichfalls aus. In Stadtfoldendorf tritt mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Arbeitgeber den Arbeitnehmern zeigen wollen, daß durch die Organisation der Arbeiter nichts mehr zu erreichen ist. Über 500 Arbeiter erhalten dort einen höheren Lohn als die Gipsarbeiter. Die Arbeiterschaft der Weberei hat einen Stundenlohn von 40 1/2 Pf., die Forstarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter haben einen solchen von über 45 Pf. und die ausgesperrten Gipsarbeiter erhielten einen Lohn von 38 Pf.

Die Schuld an diesem Kampfe in Stadtfoldendorf trägt nicht, wie die Arbeitgeber behaupten, der unparteiische Vorsitzende des Tarifamtes, indem er einen Spruch mit einem Stundenlohn von 41 Pf. fällte, sondern die Schuld an dem ausgebrochenen Kampfe tragen die Arbeitgeber und der Schlichter für die Provinz Hannover, Regierungsrat Gärkner in Hannover, der ganz einfach nicht begreifen kann, daß, wenn über 500 Arbeiter einen höheren Lohn haben als die Gipsarbeiter, in einem Orte von kaum 4000 Einwohnern den 200 Gipsarbeitern kein niedrigerer Lohn gezahlt werden kann.

Wenn von Arbeitgebern jetzt behauptet wird, die Arbeiter freikien, so entspricht das nicht der Tatsache. Feff steht, daß die Arbeiter von den Arbeitgebern ausgesperrt sind, weil sie die Erfüllung des Schiedspruches verlangten. Es ist zwar richtig, daß die Arbeitgeber in den letzten Tagen vor Ablauf der Kündigung mit den Betriebsräten verhandelt und ihnen erklärt haben, wenn die Arbeitnehmer auf die Erfüllung des Schiedspruches verzichten, dann würden sie die Kündigung zurücknehmen. Eine derartige Erklärung haben die Betriebsräte nicht abgeben können; sie waren dazu auch nicht beauftragt. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden: Wursten denn die Arbeitgeber in Stadtfoldendorf nicht das Bureau des Fabrikarbeiterverbandes? Wenn man beabsichtigt hätte, mit der Organisation der Arbeiter vor der Aussperrung zu verhandeln, so wäre das auf alle Fälle möglich gewesen, das ist den Arbeitgebern zur Genüge bekannt. In diesem Falle liegt es eben so, daß man auf Seiten der Arbeitgeber unter allen Umständen den Kampf wollte und glaubte, die Ankündigung der Kündigung genüge, um die Arbeiterschaft von der Unmöglichkeit der Erfüllung des Schiedspruches zu überzeugen. Zur Zeit dauert der Kampf

Schon über 14 Tage, und kein einziger Arbeiter der Stadt...

Alle Methoden in Schonnebeck.

Auf den beiden der Gemeinde Schonnebeck gehörigen Ziegeleien herrscht der Ziegeleimeister Beck, und zwar derart, wie es sich kein Meister in Vorkriegszeiten erlaubt hat.

Nahrungsmittel-Industrie

Unternehmerwillkür.

Die gegenwärtige Geldknappheit und die damit verbundene Wirtschaftskrise benützen die Unternehmer nicht nur im allgemeinen, sondern auch im besonderen gerade in der Zuckerindustrie, um den Arbeiter so recht seine ökonomische Lage spüren zu lassen.

Aber damit begnügen sich die Herren noch nicht. Jetzt glauben sie auch wieder Anstöße unter ihren Selbigschleiften heften zu können. Derfrancösener unserer Verbands werden als erste und unter den alternativen Vorgehensweisen entlassen.

Die Zuckerfabrik Wünnen hatte unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik Wünnen hatten unseren Vertrauensmann entlassen. Auf die Frage des Entlassenen warum, wurde ihm aufjanzend bestraft, — der Vorstand hat es beschlossen, und ich muß mir das ansehn, was mir aufgetragen wird.

das Gewerkschaftsarchiv ins Leben gerufen. Die bis jetzt erschienenen drei Monatshefte haben gebalgt, was in der Ankündigung versprochen wurde.

Von der Arbeiterklasse selbst zum Schutz ihres einzigen Besitzes gegen fremde Willkür geschaffen, haben die Gewerkschaften sich aus eigener Kraft zu Körperschaften entwickelt, die eines der höchsten Güter der Nation hüten und verwahren: die menschliche Arbeitskraft.

Der neue Zeitkreis der Gewerkschaften hat sich im letzten Jahr gewaltig erweitert. Aus dürftigen Anfängen ist ein Arbeitsrecht entstanden, in dem schon die Anfänge eines bedenklichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer nicht nur an der Regelung des Arbeitsverhältnisses, sondern auch an der Wirtschaft selbst festgelegt sind.

Die neue Zeitschrift soll ein Führer werden auf schon abgemessenen wie auf erst noch zu erschließenden Wegen, die alle zu einem Ziele führen sollen: der Überwindung der wirtschaftlichen Knechtschaft aller derer, die heute nichts ihr eigen nennen wie ihre Arbeitskraft.

Die neue Zeitschrift soll ein Führer werden auf schon abgemessenen wie auf erst noch zu erschließenden Wegen, die alle zu einem Ziele führen sollen: der Überwindung der wirtschaftlichen Knechtschaft aller derer, die heute nichts ihr eigen nennen wie ihre Arbeitskraft.

Internationale Arbeiterbewegung.

Ein internationaler Arbeiterführer.

Bekanntlich hat der internationale Kongress des IGB neuerdings beschlossen, im Interesse der Herbeiführung der Einheit mit den Russen die Verhandlungen fortzuführen, soweit dabei die Würde des IGB nicht in Gefahr kommt.

Wenn trotzdem jemand noch weiter auch nur den Schatten einer Illusion über die mögliche Politik der Amsterdamer Internationale hegte, so hätte dieser Schatten nach den Wahlen der leitenden Organe verschwinden müssen.

Wir haben für den Mann, der Radikalismus markieren will, jedoch den klugsten Rat: die Arbeiterfrage verwechselt, kein Ding übrig. Die Zeit kommt, daß die Lehren dieses Mannes sich seiner schämen.

Die Tarifverträge 1920/22.

Als einer Anzahl von Ländern liegen statistische Veröffentlichungen über die abgeschlossenen Tarifverträge, über die durch dieselben erfassten Industriezweige, Betriebe und Arbeiter vor. So aus Schweden, Norwegen, Holland, der Tschechoslowakei, Frankreich usw.

Rundschau.

Für Einwanderer nach Amerika.

Das Ziel der deutschen Einwanderer ist in der Regel Amerika. In dieser Stelle ist wiederholt vor der Ausreise Arbeitssuchender gewarnt worden, da auch in Amerika erhebliche Arbeitslosigkeit herrscht und es den Zuwandernden besonders schwer fallen dürfte, eine Arbeitsstelle zu finden.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß die vereinigten deutschen Gewerkschaften in Philadelphia zugereisten deutschen Gewerkschaftsmittgliedern jede Unterstützung beim Aufsuchen von Arbeitsgelegenheiten in einem Schreiben an den Bundesvorstand versprochen. Vor der Abreise nach Philadelphia ist es aber ratsam, beim dortigen Sekretär der deutschen Gewerkschaften, Richard Richter, — 2720 West Alleghany Ave, Philadelphia Pa. — Auskunft über die Arbeitslage einzuziehen.

Literarisches.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 3, Preis des Heftes 1 Mark. Verlag: Gewerkschafts-Archiv, Jena, Cambsdorfer Straße 10. Heft 3 dieser sich immer größerer Beachtung und Wertschätzung erfreuenden sozialistischen Monatschrift für die deutschen Gewerkschaften bringt als Leitartikel den Anfang einer größeren fleischwerdenden Arbeit von A. Krawinkel „Zur Problematik des Achtstundentages“.

10 Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik, kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie, lautet der Titel einer von einem bekannten Fachmann, dem Parteigenossen Joseph Hirt herausgegebenen Broschüre mit Vorwort von Wilhelm Keil. Verlag der Schwabischen Tagwacht, Stuttgart, Preis 1,80 Mark.

Ausgehend von der schlechten Finanzmittelschaft vor dem Kriege, erfährt zunächst die verfehlte deutsche Kriegszinspolitik eine eingehende Würdigung. Anschließend werden u. a. die große Reichsfinanzreform 1919/20, das Reparationsproblem bis zum Londoner Ultimatum, die Ursachen und Folgen des Währungszerfalls, die sozialdemokratischen Forderungen (insbesondere auf Sachwert-erfassung) und das Steuerkompromiß 1922, die Reparationskonferenzen und der Reparationsnotenkrieg bis zur Ruhrbesetzung, das Steuerrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern und das Selbstentwertungsgeß, die Luqustenergeße 1923 und die sonstigen Notkenergeße bis zur Katastrophe, die drei Steuernotverordnungen, die Stabilisierungsmaßnahmen und das Sachverständigen-Gutachten behandelt.

Von großer Wichtigkeit ist das Buch für alle agitorisch tätigen Funktionäre, da es gegen die gegnerischen Schlagworte Material liefert und die Steuerlichen der Besizenden darstellt.

Verbandsnachrichten.

Statistik über die Arbeitszeit in den Betrieben.

Die Zahlstellenleistungen werden ersucht, Sorge zu fragen, daß die Fragebogen über die Arbeitszeit in den Betrieben ausgefüllt und spätestens am 21. Juli an den Vorstand gesandt werden.

- Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingekandt: Gau 1. Oudersdorf, Gr. Hauslingen, Minden, Northelm. Gau 2. Neubaldensleben, Schuppenstedt, Osterburg, Elbingetode, Gröningen, Langermünde, Kalbe, Dessau. Gau 3. Heegermühle, Rheinsberg, Wittenberge, Flatow, Grabow, Arnswalde, Bredereiche, Rauen. Gau 4. Hagenow, Jeserich, Gistrow, Gollnow, Jahnitz, Wäprow, Lübb, Lanenburg, Steffin, Wittenburg, Leopoldshagen, Lebbin, Greifenhagen, Goldberg, Barth, Plathe. Gau 5. Tilsit. Gau 7. Waldheim, Leipzig, Oschaz, Strehla, Großsch, Wurzen, Freital. Gau 8. Zeitz, Altenburg, Stadtkm, Mülla. Gau 9. Karstadt, Ansbach, Fürth, Schnaakenbach. Gau 10. Schrobeneben, Jena, Wilsbiburg, Brackmühl, Landshut. Gau 11. Baiensfurt, Entingen. Gau 12. Lauenburg, Kreuznach. Gau 14. Krefeld, Solingen, Summerbach, Wiesdorf. Gau 15. Lüneburg, Delmenhorst, Glückstadt, Ijehoe. Gau 16. Lankern, Arnberg, Burgsteinfurt.

Gewerkschafts-Zeitung Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Redakteur: Paul Umbreit Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben Preis monatlich 40 Pfennige Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S14, Inselstraße 6

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine neue gewerkschaftliche Zeitschrift.

Nach dem die Nachbarschaft der Arbeiter, die den Gewerkschaften als Kraft anreicht, endlich widerstanden ist, zeigt sich überall in der Bewegung des arbeitenden Mannes des Widerstandes und der Solidarität. Auf ein gewisses Gebot. Ein einziger Monat wird durch die Initiative von Karl Zwarg, Jena,